

Ressort: Politik

SPD plant Staatsprivileg für Zeitarbeit: Verdi und Industrie empört

Berlin, 07.11.2013, 18:34 Uhr

GDN - Eine neue Bundesratsinitiative SPD-geführter Länder sorgt in der Industrie und in der Gewerkschaft Verdi gleichermaßen für Empörung: Die Länder wollen die öffentlichen Arbeitgeber durch eine Sondervorschrift von den ihrer Ansicht nach zu bürokratischen Regeln für Zeitarbeit und Arbeitnehmerüberlassung befreien. Einen Entschließungsantrag dazu haben Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein in die Bundesratssitzung am Freitag eingebracht.

"Das stößt bei uns auf völliges Unverständnis", sagte der Bereichsleiter beim Verdi-Vorstand, Onno Dannenberg, der F.A.Z. Ebenso verärgert reagierten die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie. "Dies ist ein weiterer schamloser Versuch der Politik, sich für den eigenen Gestaltungsbereich Sonderrechte zu sichern", kritisierte der Vorsitzende des Verbands Südwestmetall, Stefan Wolf.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-24739/spd-plant-staatsprivileg-fuer-zeitarbeit-verdi-und-industrie-empoert.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619